

Inhaltsverzeichnis

2-4 DSW-Mitteilungen

- 2 *Experten-Tipp*: Neuregelung der Vorstandsgehälter in den USA taugt wenig für Deutschland
- 3 DSW in Brüssel: Der Teufel steckt im Detail
- 4 Windreich: Wie geht's weiter beim Wind-Pionier?
- 4 Fresenius: Durch die Hintertür
- 5 Deutsche Bank: Dinner for two
- 5 HAC-Marktkommentar: Die spinnen, die Profis!
- 6 Einladung zur Anlegermesse am 26. Oktober 2013 in München: „Anleger werden wohl mit vielen Fragen auf uns zukommen“

7 Veranstaltungen – Oktober 2013

7 Impressum

8-9 Aktivitäten der Landesverbände

- 8 MS Deutschland Anleihe: Traumschiff-Investment in heftigem Seegang
- 8 Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Centrosolar AG
- 9 Rechtsschutzversicherer muss zahlen

10 Konjunkturmonitor

Die Vereinigten Staaten müssen handeln

11 Börsenmonitor

USA halten Anleger in Atem

12 Mitgliedsantrag

Achtung Rekordjäger!



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Rekordjagd ist längst eröffnet, der DAX markierte jüngst erneut ein neues Allzeithoch. Doch wie geht es weiter? 8.600, 8.700 oder gar 9.000 Punkte – wie weit wird der deutsche Leitindex dieses Jahr wohl noch steigen?

Das billige Geld schafft ein Biotop, in dem der wichtigste deutsche Börsenindex ideale Bedingungen vorfindet, um gedeihlich zu wachsen und immer neue Höchststände zu testen. Und das trotz ThyssenKrupp, Commerzbank, Deutscher Bank und K+S, deren Kurse alles andere als Rekordstände aufzeigen. Man stelle sich vor, wo der DAX stehen würde, wenn alle im Leitindex enthaltenen Aktien ordentlich performt hätten.

Doch Vorsicht: Wo Chancen locken, lauern auch Gefahren. Natürlich wissen wir, dass uns das billige Geld noch teuer zu stehen kommen wird. Nicht heute, auch nicht morgen, aber irgendwann. Bei jedem neuen Hoch schwingt diese Erkenntnis mit. Und natürlich lehrt uns die Geschichte, dass auch der DAX in Zukunft den einen oder anderen Durchhänger haben wird. Die Frage ist nur, wann die nächste Auszeit von der Rekordjagd zu erwarten ist... gleich morgen? Nächsten Monat? Oder doch erst in einigen Jahren?

Eine belastbare Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Daher gilt mehr denn je: Wir Anleger sollten gerade jetzt wachsam bleiben und uns nicht von den funkelnden Rekordmarken blenden lassen. Nicht ängstlich – einfach nur wachsam. Übersetzt fürs Depot bedeutet das: Es gibt keinen Grund, seine Aktien jetzt zu verkaufen, aber Gewinne zu sichern, hat noch nie geschadet. Dies gilt nach der Bundestagswahl nicht mehr oder weniger als sonst. Die Nachrichten von neuen DAX-Rekordständen sollten uns das lehren und unsere Sinne schärfen.

Ihr Marc Tüngler

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Neuregelung der Vorstandsgehälter in den USA taugt wenig für Deutschland

Frage: In Deutschland hat der Bundesrat gerade ein neues Gesetz mit Regeln zur Vorstandsvergütung sowie einer verpflichtenden Zustimmung der Aktionäre zu Fall gebracht. Aus den USA soll jetzt eine neue Regel zum Verhältnis der Vergütung des Vorstandes im Vergleich zu den Mitarbeitern kommen, der Menendez-Vorschlag. Was verspricht man sich von solchen Regeln?

Antwort: Die US-Börsenaufsicht SEC hat sich dafür ausgesprochen, dass börsennotierte Gesellschaften in den USA eine neue Kennzahl publizieren sollen. Diese soll das Verhältnis zwischen dem Gehalt des Vorstandsvorsitzenden (CEO) und dem

durchschnittlichen Angstelltengehalt dieses Unternehmens aufzeigen. Der Vorschlag stammt aus dem Dodd-Frank-Act, der nach der Finanzkrise zahlreiche neue Regeln eingeführt hat. Nun ist es der Abgeordnete Robert Menendez, der das in Gesetzesform gießen möchte. Ziel ist es, die Investoren darüber zu informieren, ob in der jeweiligen Gesellschaft ein faires Gehaltsgefüge existiert. Allerdings hat dieser Vorschlag eine heftige Diskussion darüber ausgelöst, wie das durchschnittliche Gehalt von Angestellten denn errechnet werden soll.



Denn die SEC stellt es den Unternehmen frei, wie sie das Gehaltsgefüge ermitteln. In Deutschland wird die Diskussion über die Vergütungshöhe wieder etwas weniger hitzig geführt. Aber man darf nicht vergessen, dass es in Deutschland der Aufsichtsrat ist, der jährlich die Angemessenheit der Vorstandsvergütung prüft und auch hierfür analysiert.



LEADING IN PRODUCTION EFFICIENCY

DÜRR
 QUALITÄT HAT EINEN NAMEN

Der Name Dürr steht für höchste Qualität in Maschinen und Anlagen. Die Basis für die führenden Marktpositionen sind globale Präsenz, eine ausgeprägte Innovationskultur und die Kundenorientierung der rund 8.000 Mitarbeiter. Weiterhin werden die Emerging Markets ein starker Treiber des Geschäfts bleiben, wo Dürr über 50% seines Umsatzvolumens erzielt. Aber auch die Erholung der amerikanischen Automobilmärkte dürfte das Geschäft beleben. Die Dürr-Aktie besitzt daher auch weiterhin glänzende Perspektiven.


www.durr.com

DSW in Brüssel: Der Teufel steckt im Detail



Die Diskussion dauert nun ziemlich genau zwei Jahre. Am Anfang stand das Versprechen, die europäischen Finanzmärkte härter zu regulieren. Das hehre Ziel: Eine Finanzkrise, die den ganzen Globus mit in die Tiefe reißt, sollte es nie wieder geben können. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an neue Regelungen. Sie sollen den Wettbewerb auf dem europäischen Wertpapiermarkt fördern, Marktstrukturen modernisieren, die Markttransparenz vergrößern, den Anlegerschutz erhöhen und die aufsichtsrechtlichen Regelungen in der Europäischen Union harmonisieren.

Wahrlich kein dünnes Brett, das unter anderem mit den immerhin 147 Artikeln der „Markets in Financial Instruments Directive II“, kurz MiFID II, gebohrt werden soll. Vor allem, wenn man bedenkt, dass hier die teilweise recht unterschiedlichen Ansichten von Kommission und Parlament zur Deckung gebracht werden müssen. Während man sich bei klassischen Anlegerschutzthemen wie etwa der Eindämmung von Interessenkonflikten in den europäischen Gremien relativ einig ist, gehen die Meinungen zur Frage, wie und wo zukünftig Aktien gehandelt werden sollen, ein gutes Stück auseinander.

Über den Stand der Dinge diskutierte in Brüssel der Europaparlamentarier Markus Ferber mit Vertretern verschiedener Interessengruppen, darunter auch die DSW. CSU-Mann Ferber, für MiFID II zuständiger Berichterstatter des Parlaments, hofft darauf, das neue Regelwerk noch vor der Europawahl im Mai 2014 unter Dach und Fach zu haben.

Besonders strittig sind dabei die geplanten Regelungen zur sogenannten „Internalisierung“, also des Wertpapierhandels

auf bankinternen Plattformen, „Dark Pools“ genannt. Aber auch in der Frage, wie Hochfrequenzhändler in den Griff zu bekommen sind, ist noch keine Einigkeit in Sicht. Dabei haben diese zunächst nach technischen Details klingenden Themen eine gewaltige Auswirkung darauf, wie Wertpapiere zukünftig gehandelt werden.

Aus Sicht der DSW gibt es durchaus noch einige offene Punkte. So sehen die Anlegerschützer die geplante Schaffung einer weiteren Gattung börsenunabhängiger Handelssystemen durchaus skeptisch. Mit der Richtlinie sollen die Dark Pools, in denen Geschäfte anonym stattfinden, einer Aufsicht unterworfen werden. Die Geschäfte sollen nach den Vorstellungen der EU-Länder über die neu zu schaffende Handelsplattform „Organized Trading Facility“ OTF abgewickelt werden.

Sollte sich die Kommission allerdings damit durchsetzen, dass über OTFs auch Aktien gehandelt werden, droht hier nach Überzeugung der DSW ein weiterer Liquiditätsabfluss von den Börsen. Das wiederum hätte eine immer weitere Zersplitterung der Märkte und eine zunehmend fragwürdiger werdende Preisbildung zur Folge.

Ebenfalls intensiv von CSU-Mann Ferber und den anderen Gästen, wurde das Problem der Hochfrequenzhändler diskutiert.

Hier wird vom Parlament aktuell die Einführung einer „Minimum Resting Period“ favorisiert. Diese Maßnahme soll dafür sorgen, eine Order so lange im System zu halten, dass sie tatsächlich eine Chance auf Ausführung hat. Während die DSW diesen Vorschlag grundsätzlich begrüßt, wird er von den Börsen als zu weitgehend abgelehnt – leider.

elringklinger

Fragen Sie den Vorstand

im CEO-Chat
am 15. Oktober,
17:30 Uhr

Windreich: Wie geht's weiter beim Wind-Pionier?

Traurige Normalität: Laut Statistiken melden jeden Tag rund 80 Unternehmen in Deutschland Insolvenz an. Vor einigen Wochen musste auch die Windreich GmbH diesen Weg beschreiten. Doch über eine „normale Insolvenz“ geht der Fall Windreich hinaus.

Windreich plant Offshore-Windparks in Milliardenhöhe, hat einen illustren Gründer, der zwischen Oldtimerfahren und Segelfliegen werbewirksam seine Projektideen verkaufen kann und der schließlich mit vollmundigen Versprechungen zahlreiche (Privat-)Anleger dazu gebracht hat, dem Unternehmen via zweier Anleihen insgesamt 125 Millionen Euro zu leihen. Nun sitzen Anleger auf einem Scherbenhaufen und fragen sich, wie es weitergeht. „Für die Anleihegläubiger kommt es entscheidend darauf an, welche Weichen im Insolvenzverfahren gestellt werden“, so Thomas Hechtfisher, Geschäftsführer der DSW.

Erste Zweifel am Unternehmen kamen bereits Anfang des Jahres auf, als bekannt wurde, dass gegen Vorstand und Unternehmen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen – unter anderem wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung, Bilanzmanipulation und des Kapitalanlagebetruges. Konkret geht es um fragwürdige Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen im Jahr 2011, um zweifelhafte Zahlen in den Bilanzen und um Darlehen des Unternehmens an Vorstandschef Willi Balz persönlich zum Erwerb von Oldtimern. Kurzerhand nahm die Gesellschaft daraufhin die beiden Anleihen aus dem BondM-Segment der Stuttgarter Börse. Möglicher Grund: In den Mittelstandssegmenten der Börsen, wie etwa BondM, besteht eine Pflicht zur Veröffentlichung eines Ratings sowie der wesentlichen Informationen in Anlehnung an die Ad-hoc-Pflicht für den regulierten Markt. Im Freiverkehr, in den die Anleihen wechselten, gibt es diese Pflichten nicht. Die verspätete Zinskuponzahlung, diverse, persönlich von Unternehmensgründer Balz verfasste Briefe an die Anleihezeichner sowie die medienwirksame Berufung der ehemaligen Talkshow-Queen Sabine Christiansen in den Aufsichtsrat konnten jedoch nur kurzfristig über die wahre Lage des Unternehmens hinwegtäuschen. Damit hat der Markt für Mittelstandsanleihen erneut einen herben Dämpfer bekommen. „Und wieder wird deutlich, dass solche Unternehmensanleihen spekulative Anlagen sind, die für Kleinanleger in den wenigsten Fällen geeignet sind: Die versprochenen Renditen gehen in der Regel eben mit hohen Risiken einher“, so Hechtfisher.

Seit der Finanzkrise 2009 nutzen mittelständische Unternehmen vermehrt die Möglichkeit der Finanzierung durch Emission sogenannter Schuldver-

schreibungen. Doch nicht immer halten Ratings und Wirtschaftsdaten der Emittenten, was sie versprechen. Hinzu kommen in diesem Segment die häufig eingeschränkte Liquidität sowie die mangelnde Transparenz. Mit der Emission gewinnt nicht nur das Unternehmen. Auch die Prospektersteller, Ratingagenturen, platzierenden Banken, Zahlstellen und Berater verdienen gut damit. Eine „Win-Win-Situation“? Leider nicht für die Anleihegläubiger, die derzeit um ihr Kapital bangen müssen. „Die Anleihegläubiger stehen am Ende der Nahrungskette, wenn es um ihre Forderungen geht. Sie müssen jetzt schauen, dass ihre Interessen gebündelt und stark vertreten werden“, erklärt hierzu DSW-Vizepräsident und Kapitalmarktrechtler Klaus Nieding, der zum Vertreter der Anleihegläubiger im vorläufigen Gläubigerausschuss der Windreich GmbH berufen wurde.

Fresenius: Durch die Hintertür

Knapp drei Milliarden Euro blätterte der Bad Homburger Konzern Fresenius hin, um einen Großteil der Kliniken des Konkurrenten Rhön Klinikum zu übernehmen. Dadurch wird die eigene Tochter Helios zum Krankenhaus-Giganten mit einem Umsatz von knapp 5,5 Milliarden Euro. Helios betreibt anschließend 117 Krankenhäuser von insgesamt 697 privaten Kliniken in Deutschland.

Die Übernahme von Rhön Klinikum steht schon seit vielen Monaten im Raum. Allerdings hatte das Konkurrenzunternehmen Asklepios durch geschickte Anteilskäufe den Kauf der Rhön Klinikum AG stets verhindern können. Nun entschied Fresenius den Kampf mit einem unerwarteten Schachzug für sich: Statt der AG übernimmt Fresenius direkt 43 Kliniken und 15 medizinische Versorgungszentren von Rhön. Damit umgeht das Unternehmen den andernfalls notwendigen Beschluss der Hauptversammlung zur Annahme eines Übernahmeangebotes. Aktionärsschützer sehen die Übernahme durch die Hintertür jedoch kritisch. „Diese Aktion hat einen bitteren Beigeschmack“, sagte ein Sprecher der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. „Wir prüfen das rechtlich.“

KIRBY McINERNEY LLP
 Law Firm Specializing in Securities Fraud

At Kirby McInerney, FOR OVER 60 YEARS, WE HAVE BEEN HELPING INVESTORS WORLDWIDE TO RECOVER FRAUD-RELATED LOSSES.

Even the best analysis MAY NOT protect investors from MARKET FRAUD.

We keep our friends and clients informed of new opportunities for potential recoveries through semi-monthly investment alerts. Interested German investors with significant investments in U.S. securities should contact David.Bishop@dbishop@kmlp.com for more information.

Attorney Advertising
 KIRBY McINERNEY LLP | 212.317.2300 | WWW.KMLLP.COM

KIRBY McINERNEY LLP
 WWW.KMLLP.COM

Deutsche Bank: Dinner for two

Fitschen-Jain – seit knapp 15 Monaten stehen diese beiden Namen für die ungleiche Doppelspitze, die Deutschlands größte Bank, den Deutsche-Bank-Konzern, lenken. Die Skepsis gegen das ungleiche Duo war von Anfang an groß.



Nachdem Josef Ackermann den Konzern über ein Jahrzehnt dominiert hatte, konnte sich kaum jemand vorstellen, dass Investmentbanker Anshu Jain und Firmenkundenvorstand Jürgen Fitschen die Bank ohne größere Verwerfungen auf Dauer gemeinsam führen könnten.

Der 65-jährige Fitschen sei dem 15 Jahre jüngeren Jain quasi als „Grüßonkel“ an die Seite gestellt worden, um die Volksseele zu beruhigen, unkten Kritiker. Doch die beiden Manager machten sehr schnell klar, dass sie sich selbst als gleichberechtigte Partner sehen. Offenbar zu recht, denn nun soll der Vertrag mit Co-Chef Fitschen vorzeitig bis 2017 verlängert werden.

Der Tisch ist gedeckt, es gibt weiter „Dinner for two“. Die offizielle Begründung dafür lieferte Aufsichtsratschef Paul Achleitner: Die Doppelspitze funktioniere. Jain und Fitschen wollten „ihre ausgezeichnete partnerschaftliche Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren für die Deutsche Bank fortsetzen.“

Dabei sind die Rollen klar verteilt: Jain übernimmt gewissermaßen als „Außenminister“ den Dialog mit den internationalen Investoren. Fitschen, der seit April auch Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken ist, vertritt das Institut vor allem in Deutschland und auf der politischen Bühne. Für Aktionäre ist die geplante Verlängerung von Fitschens Ver-

trag ein positives Signal. „Er ist ein stabilisierendes Element für die Bank und als ‚Mr. Germany‘ enorm wichtig“, sagte Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW und HV-Sprecher der Anlegerschützer bei der Deutschen Bank.

HAC-Marktkommentar: Die spinnen, die Profis!

Liebe DSW-Mitglieder,

seit dem Frühsommer dominiert die Geldpolitik (das Gelddrucken) noch einmal verstärkt die Stimmung an den Finanzmärkten. Die Marktteilnehmer bewegte die Frage, ob es nach Jahren des billigen Geldes nun zu einer Trendwende in der Notenbankpolitik kommt, die dann durch die Verringerung der Anleihekäufe zu Zinserhöhungen führt. Wird aus Rückenwind nun Gegenwind? Der Ausgangspunkt dieser Diskussion war eine Rede, die Fed-Chef Bernanke im Mai vor dem Kongress hielt. Alle (!) waren sich einig, dass er in dieser Rede angedeutet hat, die geldpolitischen Stützungsmaßnahmen ab Herbst langsam zurückzufahren. Umso erstaunter war man nun, dass er dies im September unterließ und eher unterstrich, bei den bisherigen Lockerungen zu bleiben.

Die Experten eines bekannten Vermögensverwalters haben sich nun die besagte Rede noch einmal ganz genau vorgenommen und dort mit keinem Wort (!) einen Hinweis auf das angebliche Ende des billigen Geldes gefunden. Bernanke hat also das, wovor die Märkte die letzten Monate so enorme Angst hatten, gar nicht gesagt. Und trotzdem wurden in den letzten Monaten Milliardensummen bewegt aus Angst vor diesen nicht vorhandenen Worten! Dagegen ist der Herdentrieb, den man uns Privatanlegern immer nachsagt, ein Lachsack (und der ist schon kapitalvernichtend genug).

So verbleibt wieder einmal die traurige Nachricht, dass die Profis manchmal noch unprofessioneller sind als die vermeintlichen Amateure. Und dass der Anleger (leider) selber denken muss, wenn er erfolgreich sein will. Dabei ist es doch schon längst klar, dass es sich kein Staat leisten kann, höhere Zinsen für seine Schulden zu zahlen. Der Rückenwind für die Märkte dürfte also vorerst erhalten bleiben. Schwieriger wird es bei der Frage, ob man rechtzeitig erkennen kann, wann der Wind an den Börsen wirklich dreht. Dies dürfte dem einzelnen Privatanleger genauso schwer fallen wie der Horde der angeblichen Profis. Neben dem eigenen (Nach-) Denken sollte der Investor deshalb ein Kreis von Gleichgesinnten um sich scharen, die ihm mit ihrem eigenen kritischen Denken dabei helfen, nicht dem Herdentrieb zu verfallen.

Wo Sie solche unabhängigen Denker finden? Schauen Sie doch mal unter www.HAC.de!

Einladung zur Anlegermesse am 26. Oktober 2013 in München: „Anleger werden wohl mit vielen Fragen auf uns zukommen“

Die US-Notenbank Fed hat den geldpolitischen Kurswechsel verschoben und die Märkte euphorisiert. Der Dax antwortete mit neuen Allzeithochs. Wie sollen Anleger auf diese Entwicklung reagieren? Nikolaus Braun, Honorarberater der quirin bank und Leiter der Niederlassung in München, ist gern gesehener Redner auf DSW-Veranstaltungen und antwortet Anlegern. Wir haben ihn zu der aktuellen Situation an den Märkten befragt.

DSW: Herr Braun, Sie veranstalten am 26. Oktober in München eine Anlegermesse. Erwarten Sie angesichts der aktuellen Lage an den Finanzmärkten eher entspannte oder verunsicherte Besucher?



Nikolaus Braun: Ich erwarte, dass die Anleger vor allem mit vielen Fragen auf uns zukommen. Die aktuelle Hochstimmung an den Aktienmärkten täuscht nicht über die wahren Probleme hinweg. Die Finanzkrise ist noch nicht beendet und ihre Auswirkungen werden uns auch in den nächsten zehn Jahren beschäftigen. Hinzu kommt, dass das staatliche Vorsorge- und Rentensystem allein nicht mehr in der Lage sein wird, die Liquidität des Bürgers zu sichern. Der private Vermögensaufbau und die eigene Vorsorgeleistung werden immer wichtiger. Die Aufgabe des Honorarberaters ist es, den Anleger über diese Szenarien unabhängig zu beraten und für ihn eine passende Lösung zu entwickeln.

DSW: Der Markt wirbt mit einer breiten Palette an Investmentprodukten. Sie müssen nur ins Regal greifen ...

Braun: ... und prompt hat der Kunde erstmal Geld verloren. Ein Beispiel: Wer heute 20.000 Euro in einen Fonds anlegt und im Schnitt vier Prozent Ausgabeaufschlag zum Einstieg bezahlt, ist 800 Euro los. Von den versteckten Kosten und Gebühren einer aktiven Anlage sowie dem Managementrisiko ganz zu schweigen. So funktioniert das dominierende, über Provisionen gesteuerte Geschäftsmodell zugunsten der Banken, aber keine individuelle und faire Vermögensstrategie zum Wohle des Kunden. Anleger sollten sich von den aktuellen Börsennachrichten und hochglänzenden Renditeversprechungen nicht aus der Ruhe bringen lassen, sich unabhängig informieren und mit einem fairen Partner eine langfristige Strategie konsequent umsetzen.

DSW: Was raten Sie dem Anleger?

Braun: Der Honorarberater analysiert jeden Kunden und seine Vermögensziele individuell. Zunächst achten wir auf die existenziellen Risiken, dann erfolgt im zweiten Schritt eine Gesamtvermögensbetrachtung und erst danach diskutieren wir, welche Maßnahmen konkret im Bereich der Vermögensanlage anstehen. Im Rahmen unserer Strategie „Markt, Meinung, Wissen“ profitieren Anleger dabei von der Erkenntnis, dass passive Investments in der Regel viel wirkungsvoller sind als Fonds, die einen teuren Manager bezahlen müssen. Dutzende wissenschaftlicher Studien belegen inzwischen, dass aktive Manager dauerhaft den Markt nicht schlagen können. Diese Erkenntnis ist eine Bankrotterklärung für die gesamte Branche mit ihren teuren, aktiv gemanagten Produkten. Der Trend geht hin zu Transparenz und Einfachheit.

DSW: Wie machen Sie das dem Anleger klar?

Braun: Die Anlegermesse ist eine von zahlreichen Veranstaltungen, auf denen wir die Anleger informieren. Aufklärung über Finanzprodukte und die Einordnung von komplexen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen sind das A und O einer guten Beratung. Ziel ist es, der Investition des Kunden eine klare Kontur zu geben, die es ihm ermöglicht, Risiken zu verstehen und diese bewusst einzugehen oder abzulehnen. In den USA und in anderen europäischen Staaten hat sich der Markt für verbraucherorientierte Beratung sensationell gut entwickelt. In Deutschland haben wir in diesem Jahr mit dem Honorarberatergesetz eine große Hürde genommen, die quirin bank wächst ungebremsst. Die Anleger merken, dass etwas im Gange ist.

Anmeldungen zur Anlegerakademie unter:
anlegermesse.muenchen@quirinbank.de
www.quirinbank.de/muenchen/anlegermesse

Veranstaltungen – Oktober 2013

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten zugänglich sind — so zum Beispiel der Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um circa 21 Uhr.

Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort	
17.10.13	Frankfurt	(alte) Börse
22.10.13	Düsseldorf	Industrie-Club
28.10.13	Hamburg	Radisson Blu

➤ Veranstaltungsübersicht

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de



HAC-Webinare

Informationen bilden die Grundlage für Ihre Entscheidungen. Börsen- und Finanzwissen neutral unabhängig und leicht verständlich zu vermitteln, ist wichtigstes Anliegen des Hanseatischen Anleger-Clubs (HAC). Der HAC bietet interessierten Anlegern nunmehr auch die Teilnahme an Webinaren zu den verschiedensten Themen rund um die Geldanlage an.

Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos.

Die nächsten Webinare finden statt am:

Datum	Thema
22.10.13 11:00 Uhr	Update HAC-Anlagen- VV, WTI + MAC-Einführung und aktuelle Entwicklung!
24.10.13 19:00 Uhr	Update HAC-Anlagen- VV, WTI + MAC-Einführung und aktuelle Entwicklung!
05.11.13 19:00 Uhr	HAC-Kennenlern-Webinar

Anmeldung für alle Webinare erwünscht unter:
www.hac.de/termine.html

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Melanie Stücker, (0211) 66 97-11; melanie.stuecker@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; Ust-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © jorisvo-Fotolia.com; Seite 5: © Jakob Radlgruber - Fotolia.com; Seite 7: © gena96 - Fotolia.com; Seite 9: © style-photography.de - Fotolia.com; Seite 1-9: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 10: © EvrenKalinbacak - Fotolia.com; Seite 11: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com

MS Deutschland Anleihe: Traumschiff-Investment in heftigem Seegang

Im Dezember 2012 emittierte die MS Deutschland Beteiligungsgesellschaft eine hypotheckenbesicherte Anleihe über 60 Millionen Euro mit einem Zinskupon von 6,875 Prozent p.a.. Die Ratingagentur Scope bewertete die Traumschiff-Anleihe seinerzeit mit einem „A“-Rating – also Top-Bonität. Jetzt kam eine dramatische Abwertung – mit Folgen für die Anleger.

Die Ratingagentur Scope hat das Rating der hypotheckenbesicherten „Traumschiff-Anleihe“ der MS Deutschland Beteiligungsgesellschaft mbH gleich um vier Stufen von „A“ auf „BBB-“ gesenkt. Der Anleihekurs an deutschen Handelsplätzen brach daraufhin um rund 7 Prozent ein. „Diese massive Herabstufung ist eine ungewöhnlich drastische und schwer nachzuvollziehende Korrektur, bedenkt man, dass das erste Rating nicht einmal zwölf Monate zurückliegt“, bemängelt DSW-Vizepräsident Klaus Nieding. Es sei schwer zu glauben, dass sich Geschäftsentwicklung und -prognose binnen so kurzer Zeit derart verschlechtert haben sollen. „Ratings, die anhand objektiver Kriterien die Bonität bewerten sollen, sind oft einer der wichtigsten Dreh- und Angelpunkte der Investitionsentscheidung der Anleger. Sie sollten also zuverlässig und von Gewicht sein. In diesem Fall macht das ganz und gar nicht den Eindruck“, kritisiert Nieding weiter.

Bei der Traumschiff-Anleihe handelt es sich um eine mit einer erstrangigen Schiffshypothek besicherte Anleihe über 60 Millionen Euro. Im Oktober 2012 wurde das „Traumschiff“ mit einem Verkehrswert von 100 Millionen US-Dollar bewertet. Nun hat Scope den Daumen gesenkt. „Da die Traumschiff-Anleihe eine besicherte Anleihe ist, haftet den Anleihegläubigern das Schiff als Sicherheit für ihre Forderung, sollte die Emittentin ihren Verpflichtungen aus der Anleihe nicht nachkommen können“, erklärt Nieding. Im Fall einer Schieflage der MS Deutschland Beteiligungsgesellschaft könnten die Anleihegläubiger also auf die Schiffshypothek zugreifen und das Schiff verwerten.

Akuter Handlungsbedarf besteht für betroffene Anleger zurzeit allerdings nicht. „Bei der Traumschiff-Anleihe haben wir die Besonderheit, dass die AURELIUS AG als Mehrheitsgesellschafterin die Zinszahlung an die Anleihegläubiger für die Jahre 2013 und 2014 über eine Kreditlinie gewährleistet und der Beteiligungsgesellschaft eventuell fehlende Mittel zur Verfügung stellen wird“, erklärt Nieding. Insoweit sei zunächst einmal von einer Zinszahlung in den nächsten zwei Jahren auszugehen.

Dennoch rät Nieding angesichts der jüngsten Entwicklungen zu verstärkter Wachsamkeit: „Anleihegläubiger sollten die Ge-

schäftsentwicklung der MS Deutschland Beteiligungsgesellschaft genau beobachten.“ Insbesondere sollte man das Verkehrswertgutachten der „Deutschland“, das jährlich vom Treuhänder in Auftrag zu geben ist, genau prüfen. „Der Verkehrswert des Schiffes lässt Rückschlüsse auf die Werthaltigkeit der Besicherung der Anleihegläubiger zu. Sollte nach den ersten zwei Zinszahlungen tatsächlich die dritte Zinszahlung zum Ende des Jahres 2015 ausbleiben, oder sollte der Verkehrswert gravierend nach unten korrigiert werden, besteht Handlungsbedarf“, ist Nieding überzeugt.

In einem solchen Fall könnte es auch für die Ratingagentur Scope ungemütlich werden. „Sollte sich herausstellen, dass das erste Rating zu positiv war, wäre das durchaus ein möglicher haftungsbegründender Tatbestand. Immerhin hat Scope ihr Einverständnis erteilt, dass das „A“-Rating im Verkaufsprospekt veröffentlicht wird“, so Nieding und ergänzt: „Anleihegläubiger sollten in diesen Fällen auch die Verjährungsfristen für mögliche Schadensersatzansprüche im Auge behalten“. Mit der nunmehr bekanntgewordenen Herabstufung ist davon auszugehen, dass die dreijährige Regelverjährungsfrist zu laufen begonnen hat. Anleihegläubiger sollten also bis spätestens im Jahr 2015 die Entwicklung der Kapitalanlage prüfen und sich gegebenenfalls rechtlich beraten lassen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zur Verfügung. Klaus Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Kanzlei Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft
 Tel.: (069) 238538-0
www.niedingbarth.de

Dr. Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Centrosolar AG

Bereits bei der letztjährigen Hauptversammlung im Mai 2012 wurden von mir die massiven wirtschaftlichen Probleme der Centrosolar AG angesprochen, ich hatte Ihre viel zu optimistischen Ausführungen im Geschäftsbericht kritisiert (unter anderem rechneten Sie damals noch mit einem leicht positiven operativen Ergebnis für 2012!) und ich hatte darauf hingewiesen, dass Ihnen das Wasser bis zum Halse steht und ganz dringend kostensenkende und liquiditätsschonende Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine Insolvenz zu vermeiden.

Leider wurde das nicht ernst genommen und Sie haben ein weiteres Jahr verstreichen lassen, in dem der Verlust ausgeweitet und sehr viel Liquidität verbrannt wurde. Die Zahlen für 2012 sind desaströs und die jetzt beabsichtigte Restrukturierung

rung kommt viel zu spät. Nach meiner Einschätzung ist der freie Fall der Gesellschaft nicht nur auf die zweifellos äußerst schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Solarbranche zurückzuführen, sondern auch auf ganz offenkundiges Managementversagen (Beispiel: Neuinvestitionen von fast 25 Millionen Euro in den letzten beiden Geschäftsjahren, Forderungsausfälle von 8 Millionen Euro, Firmenerwerb in 2012 und Schließung mit Verlust ein Jahr später etc.).

Auch dem Aufsichtsrat muss krasses Versagen bei der Beaufsichtigung und Kontrolle der Geschäftsleitung attestiert werden. Letztlich muss sich auch der Wirtschaftsprüfer Kritik gefallen lassen – ich hatte im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass die mit 49 Millionen Euro ausgewiesenen Firmenwerte äußerst fragwürdig seien und tatsächlich mussten jetzt 36 Millionen Euro abgeschrieben werden (die restlichen 13 Millionen Euro sind sicher auch nicht in dieser Höhe werthaltig!). Zu Ihnen noch Herr Krass: Sie waren als Aufsichtsratsvorsitzender einmal mit 30 Prozent an der Centrosolar AG beteiligt und haben still und leise all Ihre Aktien verkauft – wie sollen die verbliebenen Aktionäre zu Ihnen noch Vertrauen haben, wenn Sie uns so im Regen stehen lassen?

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Rechtsschutzversicherer muss zahlen

Wenn ein Anleger wegen fehlerhafter Anlageberatung beim Kauf eines Offenen Immobilienfonds (DEGI International) klagen möchte, dann muss die Rechtsschutzversicherung die Kosten dieses Verfahrens voll abdecken. Dies hat die 10. Zivilkammer des Landgerichts Wiesbaden in einem Urteil vom 18. September 2013 klargestellt (Aktz. LG Wiesbaden 10 O 8/13).

Die Richter gaben der Klage einer Versicherungsnehmerin gegen die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG statt. Die Versicherung wurde verurteilt, kostendeckenden Rechtsschutz für ein Klageverfahren der Mandantin gegen die Commerzbank AG zu erteilen. Die Anlegerin will die Bank im Zusammenhang mit dem Kauf der Immobilienfondsanteile wegen fehlerhafter Anlageberatung auf Schadensersatz in Höhe von 130.000 Euro verklagen.

DSW-Vizepräsident Klaus Nieding begrüßt das Urteil und sieht dadurch den Verbraucherschutz klar gestärkt. Schließlich ging es in dem Verfahren im Kern darum, inwiefern sich eine Versicherung auf das sogenannte „Kleingedruckte“ zurückziehen darf: „Der ‚normale‘ Versicherungsnehmer kann aus Formulierungen wie ‚Spekulations- und Termingeschäft‘ die Tragweite nicht klar entnehmen und damit den Geltungsbereich

einer solchen Klausel auch nicht ausreichend einschätzen. Das haben die Richter eindrucksvoll klargestellt“, so Nieding. Tatsächlich hatte die DEURAG mit dem Hinweis auf die Versicherungsbedingungen versucht, den kostendeckenden Rechtsschutz mit dem Argument zu verweigern, es handle sich bei der beabsichtigten Klage um eine Angelegenheit in Zusammenhang mit Termin- oder Spekulationsgeschäften. Dafür sei der Versicherungsschutz vertraglich ausgeschlossen. Daraufhin klagte die Anlegerin und wurde von der Kanzlei Nieding + Barth vertreten. Ihre Argumente: Die beabsichtigte Klage gegen die Commerzbank beruhe auf einer klaren Falschberatung beim Investment in Immobilienfondsanteilen. Mit einem Spekulations- oder Termingeschäft habe dies nichts zu tun. Schließlich fehle das im Kern herausragende Merkmal eines Termingeschäfts, nämlich der hinausgeschobene Erfüllungszeitpunkt. Kaufen Anleger Investmentfondsanteile, wird der Erwerb stets sofort beglichen.



Das Gericht folgte dieser Argumentation in vollem Umfang. Mehr noch: In der mündlichen Verhandlung machte die Zivilkammer zudem klar, dass es die Aussagen des Bundesgerichtshofs BGH in seinem Urteil vom 08. Mai 2013, wo die sogenannte „Effektenklausel“ in den Versicherungsbedingungen wegen Verstoßes gegen das Transparenzgebot für unwirksam erklärt wurde, noch viel mehr für die hier streitgegenständliche Spekulations- und Termingeschäftsklausel für anwendbar hält. „Damit bestätigt der Richterspruch den vom BGH eingeschlagenen Weg auch bei einem Instanzgericht. Das wird auch Ausstrahlungswirkung auf ähnlich gelagerte Fälle haben“, so Rechtsanwalt Klaus Nieding.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zur Verfügung. Klaus Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Kanzlei Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft
 Tel.: (069) 238538-0
www.niedingbarth.de



Die Vereinigten Staaten müssen handeln

Mit peinlichen und zugleich riskanten Politspielchen sorgen aktuell die USA für Aufsehen. Sollten sich die politischen Parteien nicht zeitnah zusammenraufen, könnte auch die Wirtschaft an Fahrt verlieren. In Europa mehren sich derweil die Zeichen, dass die Schuldenkrise nun tatsächlich überstanden sein könnte.

Die Katze ist aus dem Sack. Wider Erwarten hat die US-amerikanische Notenbank Mitte September angekündigt, weiterhin Monat für Monat US-Staatsanleihen und Hypothekenscheine mit einem Volumen von 85 Milliarden Dollar aufzukaufen. Das Gros der Experten hatte damit gerechnet, dass Fed-Chef Ben Bernanke bereits ab September langsam aber sicher die Geldschleuse schließen würde. Den Notenbankern zufolge sei die US-Wirtschaft aber noch nicht robust genug, um eine Drosselung der Käufe schon jetzt problemlos wegzustecken.

Inwieweit die anhaltende ultralockere Geldpolitik dazu beitragen wird, die US-Wirtschaft in Schwung zu bringen, bleibt abzuwarten, zumal sich die USA gerade selber ins Abseits manövriert. Da sich Republikaner und Demokraten im hart umkämpften Haushaltsstreit nicht auf einen gemeinsamen Nenner für einen Übergangsetat des neuen Haushaltsjahres einigen konnten, befinden sich aktuell rund 800.000 Staatsbedienstete im unbezahlten Zwangsurlaub. Wie lange der sogenannte Shutdown noch anhalten wird ist ebenso ungewiss wie der damit einhergehende volkswirtschaftliche Schaden, wengleich die Experten von Moody's Analytics für CNN ausgerechnet haben, dass ein drei- bis vierwöchiger Shutdown rund 55 Milliarden Dollar kosten könnte.

US-Schuldengrenze muss zeitnah angehoben werden

Fraglich ist auch, ob sich Republikaner und Demokraten bei der spätestens Mitte Oktober anstehenden Anhebung der US-Schuldengrenze einigen können. Sollte dies nicht der Fall sein, wären die USA das erste Mal in der Geschichte zahlungsunfähig – deutlich weitreichendere Folge als beim Shutdown inklusive.

Auch einige der zuletzt veröffentlichten US-Konjunkturindikatoren, wie etwa der Konsum, machen wenig Mut. So stiegen die US-Einzelhandelsumsätze im August um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat – und damit schwächer als vorab erwartet worden war. Der US-Arbeitsmarkt war im August ebenfalls nicht von Stärke gekennzeichnet. Statt der erhofften 180.000 neuen Stellen kamen lediglich 169.000 hinzu. Zudem wurde der Vormonatswert von 162.000 auf 104.000 neue Stellen kräftig nach unten korrigiert. Einige US-Konjunkturindikatoren machen aber auch durchaus Mut. Der viel beachtete ISM-Index für das Verarbeitende Gewerbe ist im September bereits zum vierten Mal in Folge angestiegen – und zwar von 55,7 auf 56,2 Punkte. Die Zahlen zur Entwicklung der US-Industrieproduktion im August fielen derweil mit einem Plus um 0,4 Prozent gegenüber dem Vormonat wie erwartet aus.

Europa: Positive Nachrichten überwiegen

Etwas robuster präsentiert sich derzeit die Wirtschaft auf dem alten Kontinent; dies signalisieren zumindest einige der jüngst veröffentlichten Daten. So stieg etwa das Economic Sentiment der Europäischen Kommission im August um 2,7 auf 95,2 Punkte. Die Einkaufsmanagerindizes deuten ebenfalls ein moderates Wachstum an. Zwar gab der Index für das Verarbeitende Gewerbe im September leicht um 0,3 auf 51,1 Punkte nach; damit notiert der Index aber weiterhin über der Wachstumsschwelle von 50 Zählern. Der Index für den Dienstleistungssektor verzeichnete indes mit einem Plus von 50,7 auf 52,1 Punkte den sechsten Anstieg in Folge.

Bergauf ging es auch mit dem Ifo-Geschäftsklimaindex, wengleich das Plus im September mit 0,1 auf 107,7 Zähler recht überschaubar ausfiel. Weitaus kräftiger zog der ZEW-Index an, der im September von 42,0 auf 49,6 Punkte zulegen konnte.

Japans Wirtschaft scheint Fahrt aufzunehmen

Positiv überraschen konnte auch der aktuelle Tankan-Bericht, der die Stimmung in Japans Großindustrie misst. Schließlich kletterte das Stimmungsbarometer im dritten Quartal von 4 auf 12 Punkte – und damit auf den höchsten Stand seit 2007.



USA halten Anleger in Atem

Der bei Anlegern gefürchtete September ist besser gelaufen als erwartet. Selbst der „Shutdown“ der öffentlichen Verwaltung in den USA hat bislang kaum für große Turbulenzen an der Börse gesorgt. Auch ein Militärschlag gegen Syrien wird immer unwahrscheinlicher; die Fed kauft weiterhin munter Anleihen im Wert von monatlich 85 Milliarden Dollar auf.

Die US-amerikanische Verwaltung ist stillgelegt. Seit letzter Woche sind etwa 800.000 Mitarbeiter und Beamte des öffentlichen Dienstes in den Zwangsurlaub geschickt worden. Allerdings ist die Hoffnung der Anleger groß, dass sich die Demokraten und Republikaner im Kongress bald einigen und endlich einen Haushalt verabschieden.

Doch auch wenn diese Streitigkeiten beigelegt sind, bleibt es spannend. Denn weitaus größere Bauchschmerzen bereitet der 17. Oktober. Bis zu diesem Datum müssen die Parlamentarier im US-Kongress die Schuldenobergrenze anheben. Andernfalls ist die größte Volkswirtschaft der Welt offiziell pleite.

Geopolitische Risiken gesunken

Ein Militärschlag gegen das Assad-Regime wird hingegen kaum noch als Bedrohung wahrgenommen. Mittlerweile konnten sich Russland und die USA im UN-Sicherheitsrat auf eine Resolution einigen. Ein Waffengang der USA ist damit in weite Ferne gerückt.

Der syrische Giftgasanschlag im letzten Monat hat die Börsianer hingegen durchaus – zumindest kurzzeitig – in Schockstarre versetzt. Unterm Strich konnte das Gros der weltweit wichtigsten Aktienindizes im Vergleich zum Vormonat jedoch Boden gut machen. Zum einen dürften einige besser als erwartete Konjunkturdaten sowie – zumindest kurzfristig – die US-Geldpolitik den Kursen Rückenwind verliehen haben. So hat

die US-Notenbank Fed entgegen aller Erwartungen verkündet, weiterhin Monat für Monat Anleihen und Hypothekenscheine im Volumen von 85 Milliarden US-Dollar aufzukaufen.

Teils kräftige Kursgewinne

So legte der DAX in den letzten vier Wochen um 5,2 Prozent zu, während der MDAX um 4,2 Prozent und der SDAX um 3,4 Prozent stiegen. Noch robuster präsentierte sich der gesamteuropäische Markt; um über 6 Prozent kletterte der EuroStoxx 50 im Vergleich zum Vormonat.

Die US-amerikanischen Aktienindizes mussten sich hingegen mit kleineren Gewinnen begnügen. Der Dow Jones machte lediglich rund 1 Prozent und der breiter gestreute S&P 500 in etwa 2,3 Prozent an Boden gut.

Der japanische Nikkei 225 musste hingegen trotz zuletzt guter Konjunkturindikatoren Federn lassen, wenngleich das Minus mit rund 0,2 Prozent recht überschaubar ausfällt. Belastet haben dürften die Kurse vor allem der Yen, der in den vergangenen Wochen sowohl zum Dollar als auch zum Euro aufwertete.

Edelmetalle verlieren an Glanz

Gold konnte von der Fed-Entscheidung und der damit wieder gestiegenen Inflationsangst nur kurzzeitig profitieren. Im Vergleich zum Vormonat verlor das Edelmetall 5,8 Prozent an Wert. Noch mehr Federn lassen musste der Silberkurs, der um 7,7 Prozent einbrach.

Euro profitiert von Fed-Entscheidung

Die US-Währung geriet durch die Fed-Entscheidung ebenfalls kräftig unter Druck. Im Vergleich zur US-amerikanischen Währung wertete der Euro im Monatsverlauf etwa um 2,9 Prozent auf. Möglicher Grund: Anleger befürchteten, dass die Renditen von US-Anleihen nun wieder sinken und der Greenback dadurch an Attraktivität verlieren könnte.

Schon Mitglied?

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Werden Sie Mitglied der DSW!



Knutzen Sie die Kompetenz von Focus Money

Nicht nur die aktuellen Markt- und Anlageinfos für den Investor, sondern die Anlegertipps der DSW sind ebenfalls enthalten. Die DSW ist ein in Deutschland anerkannter und gesetzlich geregelter Anlegerschutzverband.



Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname _____

Stoße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von € 95,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Barkeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de

ab sofort große DSW-Aktion
Jetzt
DSW-Mitglied werden
inklusive **MONEY**
erst ab 2014 zahlen